Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

191. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Juni 1965

192. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 24. Juni 1965

193. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 25. Juni 1965

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Steht die Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Dr. Carstens, vom 20. Mai d. J. im Plenum des Bundestages (im Anschluß an die Europa-Debatte),

die Bundesregierung halte die These von den Vorleistungen auf agrarpolitischem Gebiet für falsch, sie sei „im Gegenteil der Meinung, daß auch im agrarpolitischen Bereich abgewogene Lösungen gefunden worden sind, die auch die Interessen der deutschen Landwirtschaft in angemessener Weise berücksichtigen" und daß man „einen langen Katalog von Vorteilen" aufzählen könne, die auch die Landwirtschaft aus der EWG gezogen habe,

im Einklang mit den Erklärungen des Bundeskanzlers vom 2. Dezember v. J. im Plenum des Bundestages, in denen es u. a. heißt, daß „die Landwirtschaft . . . von einer immer fühlbareren Erlösminderung" betroffen wird, auch „vor zusätzliche Schwierigkeiten" gestellt wird und die Bundesregierung sich verpflichtet fühlt, „dafür zu sorgen, daß der deutschen Landwirtschaft ein Ausgleich für die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen in der EWG hinsichtlich der Kosten, Lasten und Sozialleistungen gewährt wird"?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Wann ist mit der Ernennung eines deutschen Botschafters in Israel zu rechnen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Bis wann ist mit der Verlegung des amerikanischen Schießplatzes in Landstuhl Kr. Kaiserslautern, der eine Gefährdung der Öffentlichkeit darstellt, zu rechnen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Fritsch**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die dem Land Bayern für 1965 zur Verfügung stehenden Mittel für bauliche Maßnahmen des Althausbesitzes nicht annähernd ausreichen werden, um den noch aus dem Jahre 1964 vorliegenden und seitdem gestellten Anträgen auf Gewährung von Reparaturdarlehen zu entsprechen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

IV. 1. Abgeordneter **Wehner**

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, anzuregen oder zu unterstützen, um den aus der SBZ zu Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommenden Rentnern die Anstrengungen der Reise zu erleichtern?

IV. 2. Abgeordneter **Wehner**

Wird sich die Bundesregierung insbesondere für Vorschläge im Sinne der Frage IV/1 einsetzen, wie sie beispielsweise in der Westfälischen Rundschau vom 3. Juni 1965 gemacht werden, nämlich dafür zu sorgen, daß an jeden Interzonenzug ein Restaurationswagen angehängt wird, den Rentnern Gutscheine bereits an der Zonengrenze gegeben werden und die Rentner während der Fahrt Obst und andere Erfrischungen erhalten?

IV. 3. Abgeordneter **Dr. Krümmer**

Trifft es zu, daß sich ein Vorschlag des Abgeordneten Dr. Luda, der im Pressedienst der CDU veröffentlicht wurde und darauf abzielt, im allgemeinen Sprachgebrauch an die Stelle der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" die Kurzform „Deutschland" zu setzen, mit der Meinung der Bundesregierung deckt?

IV. 4. Abgeordneter **Dr. Krümmer**

Ist aus dem Wortlaut des Kommuniqués über den Besuch des dänischen Ministerpräsidenten zu entnehmen, daß die Bundesregierung eine dem in Frage IV/3 genannten Vorschlag entsprechende Sprachregelung vorgenommen hat oder beabsichtigt?

IV. 5. Abgeordneter **Dr. Krümmer**

Teilt die Bundesregierung nicht die Befürchtung, daß eine Verwirklichung der in Frage IV/3 genannten Anregung im Ausland als ein Verzicht auf den deutschen Charakter der Gebiete jenseits der Demarkationslinie gewertet werden könnte?

IV. 6.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Ist mit einer Erhöhung der bisher recht niedrigen Bundesmittel für das Pfalzorchester und das Pfalztheater — wie der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen sie auf dem Landesparteitag der FDP von Rheinland-Pfalz in Bingen am 16. Mai 1965 zugesichert hat — schon rückwirkend für das Haushaltsjahr 1965 zu rechnen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

V 1.	Abgeordneter **Ertl**	Ist die Bundesregierung bereit, sich angesichts des Notstandes, der in weiten Teilen Bayerns durch die katastrophalen Hochwasserschäden der letzten Tage eingetreten ist, an der Behebung der Schäden zu beteiligen?
V. 2.	Abgeordneter **Ertl**	Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit der bayerischen Staatsregierung zur Beseitigung der Hochwasserschäden insbesondere an Gebäuden und in der Landwirtschaft durch finanzielle und steuerliche Hilfsmaßnahmen beizutragen?
V. 3.	Abgeordneter **Neumann (Berlin)**	Welche Maßnahmen sind getroffen, um an allen Grenzstellen das Hoheitszeichen der Bundesrepublik Deutschland aufzustellen?
V. 4.	Abgeordneter **Neumann (Berlin)**	Ist jetzt auch in Bayrisch-Eisenstein das Hoheitszeichen der Bundesrepublik Deutschland aufgestellt worden?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VI. 1.	Abgeordneter **Opitz**	Ist die Bundesregierung bereit, für einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung des Drogisten initiativ zu werden?
VI. 2.	Abgeordnete **Frau Beyer (Frankfurt)**	Worauf ist es zurückzuführen, daß bis jetzt der Ständige Beirat des Warentest-Institutes noch nicht berufen worden ist, obwohl die Stiftung bereits am 24. Dezember 1964 errichtet wurde?
VI. 3.	Abgeordnete **Frau Beyer (Frankfurt)**	Trifft die Meldung der „Welt" vom 22. Mai 1965 zu, wonach mit Ergebnissen von Warenprüfungen vor Ende des Jahres 1965 nicht zu rechnen ist?
VI. 4.	Abgeordneter **Junghans**	Hält die Bundesregierung eine deutsche Eisenerzförderung für volkswirtschaftlich notwendig?
VI. 5.	Abgeordneter **Junghans**	Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftlichen und sozialen Folgen bei weiteren Stillegungen im deutschen Eisenerzbergbau unter dem Gesichtspunkt, daß über 60% der deutschen Förderung im Zonenrandgebiet abgebaut wird?

VI.	6. Abgeordneter **Junghans**	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Erhaltung des deutschen Eisenerzbergbaus vorgesehen?
VI.	7. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Wieviel Gruben des deutschen Eisenerzbergbaus sind in der Bundesrepublik seit 1960 stillgelegt worden?
VI.	8. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Wie hoch war die Zahl der Beschäftigten im deutschen Eisenerzbergbau 1960 und im Vergleich dazu 1964?
VI.	9. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Wieviel Tonnen (Fe-t) deutsches Eisenerz wurden 1960 und im Vergleich dazu 1964 gefördert?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VII.	1. Abgeordneter **Kreitmeyer**	Ist die Bundesregierung bereit, den niedersächsischen Landwirten, deren Grünfutterflächen in den Niederungsgebieten, insbesondere in der Elbmarsch, seit Monaten unter Wasser stehen, rasch und wirksam zu helfen?
VII.	2. Abgeordneter **Dr. Frey (Bonn)**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Agitation gegen die Landwirtschaft im Zusammenhang mit den durch die Getreidepreis-Entscheidung notwendigen Ausgleichszahlungen Einhalt zu gebieten?
VII.	3. Abgeordneter **Dr. Frey (Bonn)**	Entspricht es den Tatsachen, daß die gegenwärtig verhältnismäßig großen Lagerbestände an Butter zu einem erheblichen Teil auf überhöhte Einfuhren — nach Zeitungsmeldungen handelt es sich um 18 500 t — zurückzuführen sind?
VII.	4. Abgeordneter **Dr. Frey (Bonn)**	Was müßte nach Ansicht der Bundesregierung unternommen werden, damit die Lagerbestände an Butter nicht erneut über die gewünschte Höhe anschwellen?
VII.	5. Abgeordneter **Felder**	Hält der Bundesernährungsminister die Vorlage eines Fischseuchengesetzes für erforderlich, nachdem die Bekämpfung übertragbarer Fischkrankheiten in der Zuständigkeit des Bundes liegt?
VII.	6. Abgeordneter **Felder**	Teilt der Bundesernährungsminister die Auffassung des bayerischen Staatsministeriums des Innern und des bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, daß der Zweck eines eigenen Fischseuchengesetzes auch durch eine entsprechende Ergänzung des in Kraft befindlichen Viehseuchengesetzes erreicht werden könnte?

VII. 7.	Abgeordneter **Felder**	Haben sich bei den im Jahre 1964 in der Bundesrepublik angeblich diagnostizierten Tollwutfällen, die mit einer Gesamtzahl von etwa 3000 vorwiegend bei Füchsen aufgetreten sind, auch Übertragungen der gefährlichen Krankheit auf Menschen ergeben?
VII. 8.	Abgordneter **Lautenschlager**	Ist das Bundesernährungsministerium bereit, die bei Kap. 10 02 Tit. 970 des Bundeshaushaltplans 1965 ausgewiesenen Mittel im Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuß des Bundestages auch für die Folgen der gegenwärtigen Hochwasserkatastrophe in einigen Bundesländern, besonders in Bayern, zu verwenden?
VII. 9.	Abgeordneter **Lautenschlager**	Ist das Bundesernährungsministerium der Ansicht, daß die Gewährung von Zinsverbilligungszuschüssen an die durch die Hochwasserkatastrophe Geschädigten eine ausreichende Maßnahme in Anbetracht des Ausmaßes der Ernte- und Flurschäden darstellt?
VII. 10.	Abgeordneter **Lautenschlager**	Will das Bundesernährungsministerium im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium prüfen, ob neben den Mitteln aus den in Frage VII/8 genannten Haushaltstellen auch Beihilfen und zinsverbilligte Darlehen zur Schadensbehebung an die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe durch voraussichtliche Einsparungen bei anderen Haushaltstiteln oder durch Vorgriffe auf das Rechnungsjahr 1966 gegeben werden können?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VIII. 1.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	In welchem Umfang wurden bisher die in der Antwort auf die Kleine Anfrage vom 10. Juli 1964 — Drucksachen IV/2343, IV/2451 — angekündigten arbeitsmedizinischen Untersuchungen über chronische Bronchitis und chronisches Lungenemphysem ausgeführt?
VIII. 2.	**Abgeordneter Dr. Schmidt (Offenbach)**	Liegen bereits Ergebnisse über die in Frage VIII/1 bezeichneten Untersuchungen vor?
VIII. 3.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Welche Gründe haben — falls die Fragen VIII/1 und VIII/2 verneint werden — bisher die Durchführung dieser Untersuchungen verhindert?
VIII. 4.	Abgeordneter **Fritsch**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß wirtschaftliche Notlagen bei kriegsbeschädigten Künstlern, insbesondere der bildenden Kunst, vorwiegend dadurch hervorgerufen wurden, daß sie bisher bei öffentlichen Aufträgen kaum Berücksichtigung fanden und die Lei-

stungen nach dem Bundesversorgungsgesetz keinen ausreichenden Ausgleich für die wirtschaftlichen Folgen der erlittenen Schädigungen darstellen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Warum hat der Bundesverteidigungsminister die offensichtlich falsche Pressemeldung der Zeitung „Metall" vom 1. Juni 1965 nicht dementiert, in der behauptet wird, daß der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Trettner, am 16. Oktober 1964 der NATO den Vorschlag für einen Atomminengürtel unterbreitet hat?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wird die Bundesregierung durch Verhandlungen darauf hinwirken, daß die zuständigen Dienststellen der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte dafür Sorge tragen, daß die Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte in Zukunft mit Waffen, Munition und ähnlichen gefährlichen Gegenständen sorgfältiger umgehen, damit sich Vorfälle nicht mehr ereignen, wie z. B. derjenige, daß ein 14-jähriges Mädchen am 2. Juni 1965 in Herschweiler-Pettersheim, Landkreis Kusel, durch eine von einem US-Soldaten verlorene Patrone mit gefährlichem Gegnervengift erheblich verletzt wurde, oder derjenige, daß Anfang Juni 1965 zwei amerikanische Soldaten in Zivil im Glan bei Niederalben Kr. Birkenfeld Fische mit Handgranaten fangen wollten, jedoch durch hinzukommende Landwirte an ihrem Vorhaben gehindert wurden?

IX. 3. Abgeordneter **Kreitmeyer**

Ich frage die Bundesregierung, welche Erfahrungen die Bundeswehr mit privaten Bauträgern zur Erstellung von Bundeswehrwohnungen gemacht hat.

IX. 4. Abgeordneter **Schultz**

Ist die Bundesregierung bereit, neben der vom Bundesverteidigungsministerium gestellten und zu begrüßenden Forderung auf Stellenanhebung für Sanitätsoffiziere außerdem eine nicht ruhegehaltfähige Stellenzulage, gestaffelt nach dem Dienstalter, zu schaffen, wie sie vergleichsweise bei Militärpfarrern besteht?

IX. 5. Abgeordneter **Schultz**

Beabsichtigt die Bundesregierung, Fachärzten in Bundeswehr-Lazaretten, analog den Regelungen für beamtete Ärzte in Krankenhäusern in den Landesversicherungsanstalten, die Möglichkeit zur Bereitstellung von Privatbetten und ein Liquidationsrecht zu eröffnen sowie solche Ärzte in den Genuß der vollen Bezahlung für gutachtliche Tätigkeiten kommen zu lassen?

IX.	6. Abgeordneter **Schultz**	Beabsichtigt die Bundesregierung, analog den Kommunen und Ländern, für die Haftpflicht ihrer Sanitätsoffiziere aufzukommen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X.	1. Abgeordneter **Lemmrich**	Aus welchen Gründen verzinst die Bundesregierung beim Grunderwerb für den Straßenbau die nicht ausgezahlten Beträge mit einem geringeren Zinssatz als beim Grunderwerb nach dem Landbeschaffungs- und dem Bundesbaugesetz?
X.	2. Abgeordneter **Paul**	Ist die Bundesregierung bereit, auf der Konferenz der europäischen Verkehrsminister oder an anderer kompetenter Stelle den Vorschlag zu machen oder einen Vorschlag gleichen Inhalts zu unterstützen, daß baldigst eine TEE-Ost-West-Verbindung zwischen München—Paris v. v. eingeführt werde?
X.	3. Abgeordneter **Fritsch**	Bestehen Möglichkeiten, durch Hochwasserschutzbauten oder sonstige Maßnahmen im Bereiche der Donau von Regensburg bis Passau die 1954 und jetzt eingetretenen Überschwemmungen zukünftig zu verhindern?
X.	4. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**	Ist das Bundesverkehrsministerium bereit, für die beschleunigte Reparatur der Kaiser-Wilhelm-Brücke in Wilhelmshaven Sorge zu tragen, da der für die Stadt wichtige Fremdenverkehr, auch hinsichtlich des Schiffsverkehrs nach Helgoland, durch die Stillegung der Brücke erheblich behindert wird, was nicht nur für die betroffenen Kreise eine wirtschaftliche Schädigung bedeutet, sondern auch den Ruf von Wilhelmshaven als Badeort auf Jahre hinaus beeinträchtigen kann?
X.	5. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**	Wieviel Zeit wird voraussichtlich die in Frage X/4 erwähnte Reparatur in Anspruch nehmen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI.	1. Abgeordneter **Reichmann**	Sind Pressemitteilungen zutreffend, daß die am 1. April 1965 in einer Auflage von 30 Millionen erschienene Bismarck-Gedenkbriefmarke schlagartig bei allen Postämtern nicht mehr erhältlich war?
XI.	2. Abgeordneter **Reichmann**	Ist die in Frage XI/1 geschilderte Situation dadurch verursacht worden, daß nach Pressemitteilungen — angeblich auf Drängen einer ausländischen Macht — die noch nicht abgesetzten, guten und begehrten Bismarck-Gedenkmarken eingestampft worden sind?

XI. 3. Abgeordneter **Benda**

Wie erklärt es der Bundespostminister, daß ein am 4. Juni 1965, 15.00 Uhr, beim Postamt Berlin 311 aufgegebener Einschreibebrief erst am 9. Juni 1965 mittags bei seinem Empfänger, dem Deutschen Bundestag in Bonn, eingetroffen ist?

XI. 4. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch-Lichtenau)**

Wie erklärt es sich die Bundesregierung, daß die Bismarck-Sondermarke, die eine Auflage von 30 Millionen hatte, schon kurz nach der Ausgabe an keinem deutschen Postamt mehr erhältlich war?

XI. 5. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch-Lichtenau)**

Treffen Informationen deutscher Philatelisten zu, daß „außergewöhnliche Umstände" bei der in Frage XI/4 geschilderten Situation eine Rolle spielten?

XI. 6. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch-Lichtenau)**

Ist der Bundespostminister bereit, eine Neuauflage der Bismarck-Sondermarke herauszubringen, um unerwünschte Spekulationen auszuschließen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

XII. 1. Abgeordneter **Kaffka**

Entspricht es dem Sachverhalt, daß in diesem Jahr dem Land Rheinland-Pfalz nur etwa 200 000 DM für die Beseitigung von Westwallanlagen bereitgestellt wurden?

XII. 2. Abgeordneter **Liehr**

Trifft es zu, daß der Bundesschatzminister nach seiner Weisung zum beschleunigten Bau einer 2-Mast-Flutlichtanlage am 15. Dezember 1964 einer fachlichen Diskussion mit dem Senator für Jugend und Sport Berlin sowie dem Sportverband Berlin ausgewichen ist und stattdessen ein 4-Mast-Projekt ausgeschrieben hat, ohne die zuständigen Fachinstanzen des Sports überhaupt zu befragen?

XII. 3. Abgeordneter **Wellmann**

Hält der Bundesschatzminister es für vertretbar, ein 4-Mast-Flutlichtprojekt weiter zu verfolgen, das eine derart zerstörende Wirkung hat, daß 1500 Zuschauerplätze, 4 Aufenthalts- und Übernachtungsräume mit 54 Bettplätzen und wichtiger Lagerraum im Keller des Olympia-Stadions verlorengehen?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Aus welchen Gründen hat das Bundesgesundheitsministerium die nach dem Arzneimittelgesetz (§§ 30,32) vorgesehenen Rechtsverordnungen über die Abgabe von Arzneimitteln in den vier Jahren seit dem Inkrafttreten des Gesetzes nicht erlassen und damit die bestehende Rechtsunsicherheit über Gebühr lange fortdauern lassen?

XIII. 2. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Wann ist mit dem Erlaß der Rechtsverordnungen gemäß Frage XIII/1 zu rechnen?

XIII. 3. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Legt das Bundesgesundheitsministerium die gesetzliche Verpflichtung, vor Erlaß der Rechtsverordnungen über die Abgabe von Arzneimitteln (§§ 30, 32 des Arzneimittelgesetzes) einen Beirat zu hören, dahin gehend aus, daß dieser erst zu den vom Ministerium fertiggestellten Verordnungen gehört werden soll, oder dahin gehend, daß seine Anhörung eine echte Mitwirkung bei ihrer Erarbeitung darstellen soll?

XIII. 4. Abgeordneter **Opitz**

Wird sich das Bundesgesundheitsministerium beim Erlaß der Rechtsverordnungen über die Abgabe von Arzneimitteln (§§ 30, 32 des Arzneimittelgesetzes) an die dem Arzneimittelgesetz zugrunde liegende Entscheidung halten, den status quo zwischen Apotheken und Drogerien beizubehalten?

Bonn, den 18. Juni 1965